

Antrag

der Abgeordneten Wolf-Michael Catenhusen, Dr. Helga Otto, Angelika Barbe, Holger Bartsch, Hans Gottfried Bernrath, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Dr. Eberhard Brecht, Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Dr. Nils Diederich (Berlin), Lothar Fischer (Homburg), Hans-Joachim Hacker, Manfred Hampel, Renate Jäger, Ilse Janz, Dr. Ulrich Janzen, Dr. Karl-Heinz Klejdzinski, Horst Kubatschka, Dr. Uwe Küster, Herbert Meißner, Siegmар Mosdorf, Gerhard Neumann (Gotha), Renate Rennebach, Siegfried Scheffler, Ursula Schmidt (Aachen), Dr. Emil Schnell, Gisela Schröter, Rolf Schwanitz, Bodo Seidenthal, Wieland Sorge, Dr. Peter Struck, Wolfgang Thierse, Siegfried Vergin, Josef Vosen, Reinhard Weis (Stendal), Gunter Weißgerber, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Förderung der Industrieforschung in den neuen Ländern

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag ist besorgt über die Situation in der Industrieforschung in den neuen Ländern.

Nach neuesten Untersuchungen ist die Situation in den ostdeutschen Industriebetrieben noch dramatischer als vielfach angenommen. Die in der Wirtschaft getätigten Ausgaben für Forschung und Entwicklung pro Kopf der Bevölkerung betragen in den neuen Ländern nach sachkundigen Schätzungen nur noch ein Zwanzigstel bis ein Zehntel dessen, was in den westlichen Ländern aufgewandt wird. Deshalb muß die Forschungs- und Wirtschaftspolitik bei der Verteilung der Mittel einen besonderen Schwerpunkt auf den Wiederaufbau einer ostdeutschen Forschungslandschaft legen. Dies ist für die neuen Länder ein Schlüssel für den Aufbau einer modernen Wirtschaftsstruktur und für die Ansiedlung innovativer Unternehmen. Die bisher vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) und vom Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) ergriffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um unter den Bedingungen einer tiefgreifenden und anhaltenden Entindustrialisierung innovative Potentiale in Ostdeutschland abzusichern und einen Beitrag für den notwendigen Strukturwandel sowie den Aufbau zukunftsfähiger Industriestandorte zu leisten.

Der Deutsche Bundestag hält es deshalb für erforderlich, mit einem Bündel von Maßnahmen dem weiteren Abbau der Industrieforschung in den ostdeutschen Ländern entgegenzuwirken

und zu einer langfristig wirksamen Restrukturierung der industriellen Forschung und Entwicklung beizutragen:

1. Um eine verlässliche Programmplanung zu gewährleisten, muß das erforderliche Fördervolumen für die nächsten fünf Jahre in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes abgesichert und in die jeweiligen Haushalte des BMFT und des BMWi eingeordnet werden.
2. Im Bundeshaushalt 1994 sind insbesondere die Ansätze für Personalzuwachsförderung und technologieorientierte Unternehmensgründungen (TOU) sowie für Personalkostenzuschüsse deutlich zu erhöhen. Darüber hinaus sind zusätzliche Initiativen in den Bereichen Produkterneuerung/innovative Produkte und Verfahren erforderlich.

Die TOU-Förderung ist bis hinein in die Produktentwicklung und Markteinführung zu erweitern. Die erforderliche längerfristige Förderungsdauer ist mit einem wachsenden Darlehensanteil zu koppeln.

3. Die Vielfalt der bisherigen Förderinstrumente ist mit dem Ziel zu überprüfen, die Zahl der Programme auf der Grundlage eines Gesamtkonzepts inhaltlich zu straffen und damit die Fördermöglichkeiten für die Zuwendungsnehmer überschaubarer zu gestalten.
4. Das in den alten Ländern bewährte Mittel der Projektförderung greift nach dem gravierenden Abbau der Industrie und der damit verbundenen Forschungskapazitäten in Ostdeutschland nur unzureichend. Für wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern muß deshalb für eine begrenzte Zeit eine Grundfinanzierung von Stellen durch Bund und Länder ermöglicht werden, um die Wettbewerbsfähigkeit dieser Einrichtungen zu erhalten. Auch für die Beschaffung von Anlagen und Geräten, die bei der Durchführung von Forschungsprojekten benötigt werden, sollten Zuschüsse gewährt werden können.
5. Für die noch unter Treuhandverwaltung stehenden Unternehmen ist eine finanzielle Unterstützung der vorhandenen Forschungs- und Entwicklungseinheiten durch Bund und Länder erforderlich. Der Treuhandanstalt muß politisch vorgegeben werden, Unternehmen grundsätzlich mit den bestehenden Forschungs- und Entwicklungsabteilungen zu privatisieren. Der langfristige Fortbestand der FuE-Einrichtungen ist vertraglich festzuschreiben. Die Einhaltung der Verträge ist zu kontrollieren. Bei Nichteinhaltung werden Sanktionen bereits im Vertrag vereinbart.
6. Vereinfachte Verfahren der Beantragung von Fördermitteln sind speziell für kleine und mittlere innovative Unternehmen auszuarbeiten. Die Förderinstrumente für die Innovations- und Mittelstandsförderung sind den speziellen Bedingungen der in Ostdeutschland tätigen Unternehmen anzupassen. Bestandteil der Förderung sollten für solche Unternehmen auch Beratungsmöglichkeiten inklusive Qualifizierungsstudien bis hin

- zur Markteinführung und Qualitätssicherung sein. Im Einzelfall sind auch die besonderen Liquiditätsschwächen kleiner und mittlerer Unternehmen in den neuen Ländern zu berücksichtigen.
7. Für Unternehmen, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation nicht in der Lage sind, den nach den Förderbedingungen erforderlichen Eigenanteil zu erbringen, muß die Möglichkeit einer Reduzierung des Eigenanteils auf bis zu 20 vom Hundert geschaffen werden, ggf. in Verbindung mit der Vergabe langfristiger Kredite bzw. Absicherung durch Bürgschaften.
 8. Für selbständige, etwa aus Kombinat ausgliederte Forschungseinrichtungen (z. B. Forschungs-GmbH) ist die Übertragung des Eigentums an Immobilien und Einrichtungen ebenso zu prüfen wie Möglichkeiten der Entschuldung von Altkrediten.
 9. Dringend erforderlich ist die Förderung der Forschungskoope-ration zwischen kleinen und mittleren Industrieforschungseinrichtungen, Industrieunternehmen und universitären Forschungseinrichtungen im Rahmen der Verbundforschung.
 10. Die traditionell enge Zusammenarbeit im vorwettbewerblichen Bereich zwischen Einrichtungen der außeruniversitären Forschung und Industriebetrieben sollte gezielt durch die Vergabe kombinierter Projektmittel gefördert werden, um eine Stabilisierung noch vorhandener Forschungsgruppen in Industriebetrieben zu gewährleisten.
 11. Der Bund sollte zur Förderung des Erhalts und des Ausbaus von noch vorhandenem Know-how auf der Basis von geschützten Erfindungen vorübergehend die Schutzgebühren für die finanzschwachen FuE-Einrichtungen übernehmen.
 12. Es bleibt Aufgabe der Bundesregierung, auf eine stärkere Auftragsvergabe der westdeutschen Wirtschaft an FuE-Einrichtungen in den neuen Ländern zu dringen. Es sollte als strukturpolitische Maßnahme darauf gedrungen werden, daß ein Teil der mit Fördermitteln des Bundes entwickelten Produkte auch in den neuen Ländern hergestellt wird.
 13. Ostdeutsche Expertinnen und Experten sind in deutlich stärkerem Maße in Gutachtergremien zu berücksichtigen.
 14. Forschungseinrichtungen aus den neuen Ländern, die mit Partnern im osteuropäischen und asiatischen Raum kooperieren, sind besonders zu fördern. Hierzu ist es notwendig, die erforderlichen Haushaltsmittel deutlich aufzustocken.
 15. Durch geeignete Maßnahmen, z. B. steuerlicher Art, ist auch die Ansiedlung von industriellen Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern zu fördern, wobei regionale Unterschiede zu beachten sind.
 16. Der EU-Strukturfonds ist stärker für Forschung und Entwicklung in den neuen Ländern zu nutzen.

Bonn, den 3. Februar 1994

Wolf-Michael Catenhusen**Dr. Helga Otto****Angelika Barbe****Holger Bartsch****Hans Gottfried Bernrath****Dr. Ulrich Böhme (Unna)****Dr. Eberhard Brecht****Edelgard Bulmahn****Ursula Burchardt****Dr. Nils Diederich (Berlin)****Lothar Fischer (Homburg)****Hans-Joachim Hacker****Manfred Hampel****Renate Jäger****Ilse Janz****Dr. Ulrich Janzen****Dr. Karl-Heinz Klejdzinski****Horst Kubatschka****Dr. Uwe Küster****Herbert Meißner****Siegmar Mosdorf****Gerhard Neumann (Gotha)****Renate Rennebach****Siegfried Scheffler****Ursula Schmidt (Aachen)****Dr. Emil Schnell****Gisela Schröter****Rolf Schwanitz****Bodo Seidenthal****Wieland Sorge****Dr. Peter Struck****Wolfgang Thierse****Siegfried Vergin****Josef Vosen****Reinhard Weis (Stendal)****Gunter Weißgerber****Hans-Ulrich Klose und Fraktion**